



Stadtverwaltung Pirmasens
Dezernat I, Markus Zwick
Postfach 2763

66933 Pirmasens

AfD im Stadtrat Pirmasens
Kaiserstr. 2a
66955 Pirmasens

t.heil@stadtrat-pirmasens.de

04.05.2023

Antrag AfD im Stadtrat Pirmasens: Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Sehr geehrter Herr Zwick,

die Stadtratsfraktion der AfD bittet Sie um die Aufnahme des folgenden Antrages auf die Tagesordnung der nächsten Stadtratssitzung.

Erarbeitung eines Konzeptes zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Pirmasens

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Polizei und zivilgesellschaftlichen Akteuren ein Konzept zu erarbeiten, welches geeignet ist dazu beizutragen, in der Stadt Pirmasens perspektivisch wieder Sicherheit und Ordnung herzustellen und damit auch die Lebensqualität der Bürger zu verbessern.

Begründung:

Anlässe für diesen Antrag sind die sich immer weiter zusätzenden Zustände in unserer Stadt sowie die damit einhergehende Erkenntnis, daß die Verwaltung und die Sicherheitsbehörden diesen Entwicklungen nicht nur weitestgehend tatenlos zusehen, sondern diese (im Einklang mit der örtlichen Presse) darüber hinaus auch noch totzuschweigen bzw. schön zu reden versuchen.

Folgende aktuelle Vorgänge seien als Belege hierfür genannt:

1. Razzia „In den Tannen“

Die dortigen Wohnblocks wurden vor vielen Jahren von der städtischen Bauhilfe an einen Investor aus dem Ausland verkauft.

Die Verwaltung hatte damals erklärt, daß dort nach einer Sanierung Ferienwohnungen für wohlhabende Menschen insbesondere aus dem arabischen Raum entstehen sollten. Diese Aussage hat die Verwaltung später allerdings wieder relativiert und teilweise bestritten.

Am 30. Januar 2018 berichtete die „Rheinpfalz“ über das Vorhaben und die Ankündigung des Investors, bis Anfang 2019 alle 5 Wohnblocks saniert zu haben. Die Mieter sollten demnach nicht mehr nur aus der Golf-Region, sondern auch aus China kommen.

Der Investor, Herr Ünal Kaymakci, lobte ausdrücklich „die gute Zusammenarbeit“ mit den städtischen Behörden.

Es wurde zudem angekündigt, nach dem Projekt „In den Tannen“ weitere gemeinsame Unternehmungen mit der Bauhilfe und der Stadt anzugehen.

Im Oktober 2020 hatte die AfD-Fraktion eine Anfrage zu den Zuständen „In den Tannen“ an die Verwaltung gerichtet.

Es ging darin u.a. um die dortige Vermüllung, den monatelangen faktischen Stillstand bei der angekündigten Sanierung der Gebäude sowie die Tatsache, daß an etlichen Briefkästen jeweils mehrere Namen von vermeintlichen „Firmen“ vorzufinden waren.

Es war somit bereits damals offenkundig, daß der angekündigte Sanierungs- und Nutzungsplan überhaupt nicht weiter verfolgt und stattdessen „Briefkastenfirmen“ betrieben wurden, mit denen erfahrungsgemäß „krumme Geschäfte“ getätigt werden.

Die Bauhilfe entgegnete auf diese Anfrage, daß sich das Projekt in der weiteren Abwicklung befindet und die Sanierungsarbeiten im Herbst 2021 wieder aufgenommen würden.

Auf eine erneute Anfrage der AfD-Fraktion in dieser Angelegenheit im August 2021 antwortete die Bauhilfe, daß sich die Gebäude im Eigentum des Investors befänden und man sich bei diesem selbst um Auskünfte bemühen solle.

Die Verwaltung (Ordnungsamt und Amt der Finanzen) antwortete, daß Firmen an der genannten Adresse „ansässig und gemeldet“ seien.

Weiter wurde ausgeführt, daß man sich mit den dortigen Gegebenheiten immer wieder beschäftige. Man stehe im Austausch mit der Ausländerbehörde, habe aber keinen genauen Überblick über die Verhältnisse und nur wenige Möglichkeiten, um Kontrollen vorzunehmen.

Es seien in den Wohnblocks nur Ausländer gemeldet und man habe trotz der Schwierigkeiten bei der praktischen Überprüfung bereits „etliche Personen wieder abgemeldet“.

Bei den noch gemeldeten Personen handele es sich etwa um die Geschäftsführer der Firmen (allesamt GmbH's), für die keine Sozialleistungen ausgezahlt würden, weil sie ihren Lebensunterhalt selbst sicherstellten.

Am 13. April diesen Jahres kam es schließlich zu einer Razzia „In den Tannen“ und weiteren Räumlichkeiten in der Innenstadt, die im Zusammenhang mit weiteren Durchsuchungen in ganz Deutschland stand. Es ging dabei laut Presse um den Verdacht des „banden- und gewerbsmäßigen Einschleusens von Ausländern.“ Informationen dazu, daß die Beobachtung bereits seit 2019 läuft, durften nicht geäußert werden.

Die Presse sprach hierbei von „undurchsichtigen ausländischen Investoren“ und zitierte den zuständigen Oberstaatsanwalt dahingehend, daß es sich tatsächlich um Gründungen von Scheinfirmen handele, mit denen den dort „beschäftigen“ Ausländern Aufenthaltstitel verschafft würden.

2. Räumung eines Hauses in der Exerzierplatzstraße

Am 22. März diesen Jahres wurde das Haus Exerzierplatzstraße 14 geräumt. Die Ordnungsbehörden brachten die Bewohner weg und das THW sperre den Zugang in das Haus durch einen Holzverschlag, der mittlerweile durch eine Metalltür ersetzt wurde.

Im Bezug auf die dortigen hygienischen Verhältnisse sowie das Sozialverhalten der Bewohner gab es über Jahre hinweg immer wieder Beschwerden aus der Nachbarschaft. Einige Bewohner sollen zudem überhaupt nicht gemeldet gewesen sein.

Am 27. März fragte die AfD im Hauptausschuss zu diesem Vorgang nach, wurde aber von der Verwaltung abgeblockt. Wenige Tage danach gab die Verwaltung der Presse eine Stellungnahme zu den Vorgängen.

Damit hat die Verwaltung das Auskunftsrecht der Ratsmitglieder und somit den gesamten Stadtrat missachtet!

Die Presse hatte den Sachverhalt bis dahin genauso totgeschwiegen wie die Verwaltung. Erst auf Druck mehrerer ihrer Leser und durch bereits laufende Diskussionen zu der Thematik im Internet sahen sich die beiden Lokalzeitungen schließlich „genötigt“, bei der Verwaltung nachzufragen und zu berichten.

Die Pirmasenser Zeitung tat dies dann leider noch in einer Art, die mit seriösem Journalismus überhaupt nichts mehr zu tun hatte.

So wurde „aus dem Nichts“ von deren Redakteur plötzlich die hinter dem geräumten Haus befindliche Moschee thematisiert und unterstellt, es sei von Beginn an nur darum gegangen, Ausländer zu diskreditieren.

Die PZ „erschuf“ damit einen völlig anderen Sachverhalt und attackierte in der Folge diejenigen, die sich der Angelegenheit angenommen und damit die Arbeit verrichtet hatten, welche eigentlich die ureigenste Aufgabe einer wachen und kritischen Presse gewesen wäre.

Bezeichnend ist aber vor allem die Tatsache, daß die „desaströsen baulichen Zustände“, die zur Räumung des Hauses führten, quasi lediglich „nebenbei“ aufgefallen waren, als sich die Vollzugsbeamten in einer anderen Angelegenheit im Haus aufhielten.

3. Erkenntnisse bei der jüngsten Sicherheitsumfrage

Der sogenannte „Kriminalpräventive Rat“ (aus Polizei, Ordnungsamt und städtischen Organisationen) hatte im Januar dieses Jahres eine Sicherheitsumfrage durchgeführt, um herauszufinden, an welchen Orten in der Stadt sich die Bürger aus welchen Gründen unsicher fühlen.

Die Beteiligung war aufgrund der Art der Durchführung (keine Möglichkeit zur Ausfüllung des Fragebogens im Internet) zwar recht gering, offenbarte allerdings schonungslos die vorhandenen Missstände insbesondere in der Innenstadt.

So wurden nämlich eindeutig der Wedebrunnen, der Exerzierplatz und die Fußgängerzone als die „unsichersten Orte“ ausgemacht.

Der Kriminalpräventive Rat hat nach eigenen Angaben bei einer Sitzung am 14. März ein „ganzes Maßnahmenbündel“ beschlossen.

Es soll demnach ein „Sicherheitslagebild“ entwickelt werden sowie eine regelmäßige Bürgerbeteiligung stattfinden.

Die am häufigsten genannten „unsicheren Orte“ sollen verstärkt begangen und zudem eine Kampagne zur „Förderung der Zivilcourage“ entwickelt werden.

Gerade die Zustände im Areal am Wedebrunnen, im Volksmund auch „Oettinger-Park“ genannt, beschäftigen die Pirmasenser und auch den Stadtrat schon seit etlichen Jahren und wurden dort wiederholt von der AfD thematisiert.

Ein aktueller Rundgang über das Areal offenbart, daß sich an diesen Zuständen (Dreck, Fäkalien usw.) über die Jahre nichts Wesentliches geändert hat.

Vor geraumer Zeit wurde öffentlichkeitswirksam darauf hingewiesen, daß sich eine Art „Arbeitsgruppe“ bzw. ein „breites Bündnis“ aus verschiedenen Akteuren den dortigen Zuständen annehmen werde.

Aufgrund des aktuellen Sachstandes kann nicht einmal ansatzweise von einer Verbesserung der Lage gesprochen werden.

Es wird deshalb Zeit, gerade auch über diese Angelegenheit im Gesamtzusammenhang mit der Sicherheitsumfrage noch einmal grundsätzlich zu informieren und zu diskutieren.

Hierzu sind auch alle Beteiligten einzuladen, welche der genannten „Arbeitsgruppe“ bzw. dem „Bündnis“ angehören.

Diese können dann von ihrer bisherigen Tätigkeit berichten und gemeinsam mit den Ratsmitgliedern und der Verwaltung darüber beraten, wie es u.a. am Wedebrunnen zukünftig weitergehen soll.

Ein Verschweigen der Probleme oder „Schönreden“ von offizieller Seite, wie es speziell am Wedebrunnen aber auch ganz grundsätzlich im Bezug auf die Stadt immer wieder stattfindet, ist hierbei kontraproduktiv.

Erste Ansätze dieser Art sind leider erkennbar, wenn in der örtlichen Presse wiederholt und explizit darauf verwiesen wird, daß die Umfrage „nicht repräsentativ“ sei und die offiziellen polizeilichen Statistiken ein anderes Bild zeichneten als die von den Bürgern geschilderten Eindrücke aus der Lebenswirklichkeit.

Unterschlagen wird hierbei, daß eben bei weitem nicht alle Straftaten und Ordnungswidrigkeiten von den Bürgern auch angezeigt werden und es somit gerade die „offiziellen Daten und Statistiken“ der Polizei sind, welche als „nicht repräsentativ“ angesehen werden müssen.

Auffallend ist im Gesamtzusammenhang zudem, daß wiederholt (wenn auch stark abgemildert) davon gesprochen wird, daß es vorwiegend „Gruppen von Migranten“ sind, welche durch ihr Auftreten und Gebaren für ein hohes Gefühl an Unsicherheit insbesondere bei älteren Mitbürgern sorgen. Man möchte den Migranten nun einen „Verhaltenskodex“ für den öffentlichen Raum vermitteln, um hier für Abhilfe zu sorgen.

Bezeichnend ist allerdings, daß „von offizieller Seite“ sofort wieder auf jene „Statistiken“ verwiesen wird, mit welchen man auch „Aufklärung“ bei den dann vermeintlich zu Unrecht verängstigten Menschen betreiben will.

Eine Veränderung im Sicherheitsempfinden von Menschen erreicht man aber sicher nicht mit einer bloßen Präsentation von Zahlen, welche das tatsächliche Lagebild in der Innenstadt nicht einmal ansatzweise widerspiegeln.

Denn genau dieses Bild, welches sich den Bürgern täglich bietet, beeinflusst und prägt ihr Empfinden. Vor ihnen laufen nämlich keine „Zahlen und Daten“ herum, sondern ganz reale Menschen mit ihrem jeweiligen (Fehl-)Verhalten.

Und auch hier muss festgestellt werden, daß die Lokalpresse abermals eine unrühmliche Rolle spielt.

So reagierte die „Rheinpfalz“ in ihrem „Wochenrückblick“ am 15. April auf die geschilderten Sorgen der Bürger etwa mit einer Karikatur, in welcher sie eben jene Pirmasenser Bürger als die „Ursache“ des Problems darstellte.

Diese könnten kein verständliches Hochdeutsch artikulieren und deshalb scheiterte deren Kommunikation mit einem „Migrantenkind“.

Aus den „Gruppen von Migranten“ mit ihrem zweifelhaften Gebaren wurde somit ein harmloses Kind mit besten deutschen Sprachkenntnissen, dessen weitere Integration quasi an den Defiziten der einheimischen Bevölkerung scheitert.

Eine noch boshaftere Verächtlichmachung der realen Sorgen und Nöte der Bürger durch eine komplette Verdrehung der Tatsachen ist wohl nicht mehr möglich!

Daß eine solche perfide Agitation dann zu den „gewünschten Ergebnissen“ führt und die einheimische Bevölkerung maximal verunsichert und einschüchtert, zeigte eine Umfrage der gleichen Zeitung zur Gesamtthematik unter den Geschäftsleuten am 17. April.

Aus der weit verbreiteten Angst, bloß nicht in „die rechte Ecke“ gestellt und diskriminiert zu werden, versuchen immer mehr Menschen (und in diesem konkreten Fall die befragten Geschäftsleute), sich politisch korrekt auszudrücken.

So haben die drei befragten deutschen Geschäftsleute ihr Möglichstes getan, um sich positiv über die Verhältnisse in der Fußgängerzone zu äußern und die Probleme klein zu reden.

Bezeichnenderweise war es dann gerade die eine befragte Geschäftsfrau mit Migrationshintergrund, welche als einzige die Traute hatte, ganz offen über die vorhandenen Zustände zu sprechen und Kritik zu üben. So weit ist es mittlerweile schon gekommen!

4. Wiederholte Raub- und Gewaltdelikte in der Stadt

Beim Studium der Polizeiberichte der letzten Zeit ist erkennbar, daß die reale Gefahr für die Bürger (jenseits von „niedrigen Statistiken“) beständig hoch ist und bleibt.

Neben den bereits schon als „Alltagsdelikten“ anzusehenden Taten wie etwa Verkehrsunfallfluchten, Diebstählen, Sachbeschädigungen und Einbrüchen tauchen hier immer wieder auch Gewalttaten gegen Menschen auf.

Beispielhaft hierfür seien die nachfolgenden Taten genannt:

- Am 29. März kam es unter Einsatz von Waffen (Messer und Schlagring) zu einem Raubüberfall auf einen Jugendlichen in der Landauer Straße. Ihm wurden Air-Pods und eine Jacke entwendet.
- Am 3. April kam es unter Einsatz von Waffen (Schlagring und Pfefferspray) zu einem Raubüberfall auf einen Jugendlichen in der Exerzierplatzstraße. Er wurde geschlagen und ihm wurden Air-Pods entwendet.
- Am 10. April kam es unter Einsatz von Pfefferspray zu einem Raubüberfall auf einen Essenslieferanten in der Hügelstraße. Er wurde durch das Pfefferspray verletzt und die Waren entwendet.

Das waren somit schon drei Straftaten gegen das Eigentum und die körperliche Unversehrtheit innerhalb von knapp zwei Wochen!

Fazit:

In Pirmasens gibt es kein „gefühltes“, sondern ein tatsächliches und massives Problem in allen Bereichen der „öffentlichen Sicherheit und Ordnung“, daß nicht mehr weiter totgeschwiegen oder beschönigt werden darf!

Daß allerdings gerade dies beabsichtigt wird, hat die letzte Stadtratssitzung eindrucksvoll gezeigt.

So hat sich ausgerechnet die CDU in dieser Sache hervorgetan, welche durch ihre verantwortungslose Politik auf Bundesebene spätestens seit 2015 einen entscheidenden Anteil an den Zuständen in unserem Land und damit auch in unserer Stadt hat.

Die CDU-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat brachte die Folgen der Politik ihrer eigenen Bundespartei auf der letzten Sitzung zur Sprache und der ebenfalls von der CDU gestellte Oberbürgermeister reagierte dahingehend, daß er ankündigte, die Pirmasenser Polizeichefin in den Stadtrat einzuladen. Diese solle dann den Ratsmitgliedern berichten, welche Schritte die Polizei bereits eingeleitet habe. Vor allem aber solle sie darauf eingehen, inwiefern das Sicherheitsgefühl der Bürger mit der „objektiven Sicherheitslage“ übereinstimme.

Alleine hieran ist bereits erkennbar, welche Absicht hinter der Agitation tatsächlich steckt. Es geht nämlich um nichts anderes, als ein weiteres Mal mit den genannten lückenhaften und deshalb vergleichsweise „niedrigen Statistiken“ den Eindruck zu erwecken, als bildeten sich die Bürger all’ das nur ein, was ihnen im realen Leben täglich auf der Straße gegenwärtig ist.

Diese permanente Verschleierung muss endlich ein Ende haben! Die Fakten müssen schonungslos benannt und diskutiert werden, um zu deren Behebung kommen zu können.

Wir leben nunmal in einer Stadt, in welcher Raub- und Gewaltdelikte leider an der Tagesordnung sind und in der sich deshalb immer mehr Menschen nicht mehr sicher fühlen.

Sie fühlen sich darüber hinaus teilweise auch wie Fremde, weil sie gerade in der Innenstadt sowohl optisch wie akustisch beständig den Eindruck bekommen, als befänden sie sich im Ausland.

Es ist in dieser Stadt zudem schon „normal“ geworden, daß offenkundige Missstände wie in der Exerzierplatzstraße geduldet werden oder daß man erkennbar kriminelle Umtreibe wie „In den Tannen“ trotz deren wiederholter Ansprache in städtischen Gremien über Jahre bewusst ignoriert.



Die Presse ist zudem als vermeintliche „Kontrollinstanz“ gänzlich weggefallen und berichtet immer erst dann, wenn ihr aufgrund des öffentlichen Drucks nichts mehr Anderes übrigbleibt. Sie krönt dann ihr Versagen noch dadurch, daß sie beständig auf diejenigen losgeht, welche auf die Missstände hingewiesen haben.

Die nun geworfene „Nebelkerze“ eines Berichtes der Polizei im Stadtrat kann deshalb nicht zur Lösung der genannten Probleme beitragen, denn sie dient letztlich nur der weiteren Beschwichtigung und damit dem Erhalt des Status Quo.

Es ist deshalb höchste Zeit, im Bezug auf alle genannten Bereiche Tacheles zu reden und hierzu die betroffenen Akteure einzuladen.

Wir fordern daher die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur perspektivischen Behebung der geschilderten Missstände!

Daran sollen sowohl die Verwaltung, als auch die Polizei und die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und Initiativen mitarbeiten. Es soll zudem zumindest ein Ratsmitglied von jeder Stadtratsfraktion zur Mitarbeit eingeladen werden.

Die verschiedenen Erkenntnisse und Erfahrungswerte von allen Beteiligten müssen zusammengeführt und ergebnisoffen und ohne ideologische Scheuklappen diskutiert werden.

Ein „Paradebeispiel“ hierfür ist ein Interview mit der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, die ebenfalls dem „Kriminalpräventiven Rat“ angehört.

Diese schilderte zunächst zutreffend die Ängste der älteren Menschen, welche sich etwa nach 17:00 Uhr nicht mehr aus dem Haus trauten und bestimmte Orte in der Innenstadt, wie den Unteren Schlossplatz in der Fußgängerzone, grundsätzlich meiden würden. Dies begründeten sie auch ausdrücklich mit den dort „herumlungenden halbstarken Jugendlichen“.

Zudem wurden wiederholt und explizit die „Migranten“ als Grund dafür genannt, daß sich manche Senioren überhaupt nicht mehr in die Fußgängerzone wagten.

Direkt im nächsten Atemzug erklärte die Seniorenbeirats-Vorsitzende dann aber, daß solche Aussagen aus ihrer Sicht „völliger Quatsch“ seien.

Hier wird abermals deutlich, daß es innerhalb des „Kriminalpräventiven Rates“ nach dem Motto läuft, daß „nicht sein kann, was nicht sein darf“ und man seiner „präventiven“ Aufgabenstellung eben gerade nicht gerecht wird. Denn wer bereits bei der Kenntnisnahme der realen Sorgen und Ängste der Menschen alles beiseite wischt und als „Quatsch“ abtut, was nicht in das eigene „heile Weltbild“ passt, der wird niemals gewillt und in der Lage sein, entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung der Missstände zu durchdenken (geschweige denn umzusetzen).

Die Arbeit der einzuberufenden Gruppe soll und muss weit über das hinausgehen, was etwa der „Kriminalpräventive Rat“ macht, zumal dessen Agieren faktisch einem „Kaffeekränzchen“ gleichkommt und man sich dort erkennbar nicht traut, mehr als Beschwichtigungen und „butterweiche“ Aussagen zu den Missständen zu tägeln.

Wenn wir in der Stadt Pirmasens perspektivisch wieder Sicherheit und Ordnung herstellen wollen, müssen wir jetzt den notwendigen Schritt gehen und mit der zu gründenden und dann regelmäßig tagenden Gruppe ein wirksames Konzept ausarbeiten.

Ein einmaliger Bericht der Polizei im Stadtrat mit dem benannten Hintergrund bringt uns definitiv nicht weiter!

Mit freundlichen Grüßen
AfD im Stadtrat Pirmasens

A handwritten blue ink signature, appearing to read "J. Böhl", which is the signature of Jürgen Böhl, a member of the AfD Stadtrat Pirmasens.